GMK
Gesellschaft für
Medienpädagogik und Kommunikationskultur
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

STELLUNGNAHME DER GESELLSCHAFT FÜR MEDIENPÄDAGOGIK UND KOMMUNIKATIONSKULTUR E.V. (GMK) ZUM ANTRAG DER FRAKTION DIE LINKE

„Desinformation und Fake News bekämpfen – Medienkompetenz stärken“ (Drucksache 8/1472)

Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK) | Obernstr. 24a | 33602 Bielefeld | +49 521 67788 | gmk-net.de | gmk@gmk-net.de

12. August 2026

Sehr geehrte Damen und Herren des Ausschusses für Europa, Medien, Ehrenamt und Sport des Thüringer Landtags,

die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK) betrachtet Desinformation potenziell als gesellschaftliche und demokratiepolitische Gefährdung und begrüßt daher ausdrücklich, dass der Ausschuss für Europa, Medien, Ehrenamt und Sport des Thüringer Landtags sich dazu berät und eine schriftliche Anhörung durchführt. Als Bundes- und Fachverband für Medienpädagogik und Medienbildung bündelt die GMK seit über vierzig Jahren Expertise aus Praxis und Forschung und begleitet die Entwicklung von Medienphänomenen kontinuierlich sowohl wissenschaftlich als auch berufs- und handlungspraktisch. Dies schließt Desinformation, Demokratiebildung und gesellschaftliche Entwicklungen unter den Bedingungen von KI und Digitalisierung mit ein. Vor diesem Hintergrund danken wir für die Möglichkeit, eine schriftliche Stellungnahme einzureichen.

Die GMK versteht sich ausdrücklich als Fachverband, der Perspektiven aus wissenschaftlicher Forschung und medienpädagogischer Praxis zusammenführt. Die nachfolgenden Einschätzungen beruhen daher sowohl auf Erkenntnissen aus der Forschung als auch auf langjährigen Erfahrungen aus der sozialpädagogischen und schulischen Praxis. In toneshift – Netzwerk gegen Hass im Netz und Desinformation (zuvor: Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz) entfaltet die GMK mit fünf weiteren zivilgesellschaftlichen Trägern im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! seit Januar 2025 bundesweite Maßnahmen gegen Hass im Netz und Desinformation, u. a. in den Bereichen Qualifizierung, Vernetzung, Konzeptentwicklung und Wissenstransfer.

Im Folgenden nehmen wir Stellung zum Fragenkatalog zur schriftlichen Anhörung zu Drucksache 8/1472. Unsere thematischen Schwerpunkte verorten wir bei gegenstands- und bildungsbezogenen Fragen, entsprechend beziehen sich unsere Ausführungen verstärkt darauf. Die Expertise stützt sich dabei auf die Arbeit der GMK allgemein sowie auf den ATLAS: Wahrheit und Wissen im digitalen Zeitalter zu „Desinformation und KI“, der im Januar 2026 gemeinsam mit dem Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) veröffentlicht wurde und wissenschaftliche Erkenntnisse zum Themenfeld bündelt (IDZ & GMK, 2026).

GMK e.V.
Obernstraße 24a
33602 Bielefeld
fon: 0521 67788
fax: 0521 67792
mail: gmk@medienpaed.de
web: www.gmk-net.de

Co-Geschäftsführung
Dr. Friederike von Gross
André Weßel

Co-Vorsitz
Rüdiger Fries,
Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes
Prof. Dr. phil.
Eik-Henning Tappe,
FH Münster

Fachverband für Medienpädagogik und Medienbildung

Vorstand Nadine Berlenbach · Selma Brand · Prof. Dr. Bianca Burgfeld-Meise · Rüdiger Fries
Markus Gerstmann · Kristina Richter · Prof. Dr. phil. Eik-Henning Tappe

Kuratorium Markus Beckedahl · Ralph Caspers · Jürgen Doetz · Prof. Dr. Murad Erdemir
Jochen Fasco · Sabine Frank · Annette Kümmel · Sabine Süß

Bankverbindung Sparkasse Bielefeld · IBAN DE03 4805 0161 0000 0248 69 · BIC SPBIDE3BXXX

Fragenkatalog Anlage 2 zur schriftlichen Anhörung zu Drucksache 8/1472

1. **Wie schätzen Sie die einzelnen Punkte des Antrags ein?**

Die übergreifende Position der GMK deckt sich im Wesentlichen mit den inhaltlichen Aussagen des Antrags der Fraktion Die Linke – insbesondere mit Blick auf bildungs- und forschungsbezogene Maßnahmen für Menschen allen Alters und Fachkräfte (III.2, III.3, III.5, III.6, III.8) sowie mit Blick auf Plattformregulierung (III.9).

2. **Wie würden Sie den Begriff „Desinformation" fachlich präzise definieren – und welche Herausforderungen sehen Sie dabei in der praktischen Abgrenzung zu legitimer Meinungsäußerung?**

Wir folgen in unserem Verständnis von Desinformation der Definition, die von den sechs Organisationen in toneshift – Netzwerk gegen Hass im Netz und Desinformation gemeinsam erarbeitet und veröffentlicht wurde (toneshift 2026):

*„**Desinformation** (engl.: disinformation) bezeichnet eine falsche oder irreführende Information, die absichtlich erstellt oder verbreitet wird, um Personen zu täuschen. In digitalen Räumen wird sie oft über Online-Plattformen und Messenger-Dienste verbreitet und erscheint in Form von Text, Bild, Audio oder Video. Zunehmend kann sie auch mit Hilfe generativer künstlicher Intelligenz erstellt werden.*

In der Forschung gibt es verschiedene Ansätze, um den Begriff der „Desinformation" zu definieren. Abgegrenzt wird er dabei häufig von benachbarten Phänomenen wie:

- ***Fehlinformation** (engl.: misinformation) ist zwar auch falsch, entsteht jedoch ohne Täuschungsabsicht – zum Beispiel durch redaktionelle Fehler.*
- ***Malinformation** ist irreführend, aber nicht zwingend nachweislich falsch. Sie arbeitet absichtlich mit Übertreibungen oder Herausreißen von Ereignissen aus ihrem Kontext.*

*In der Praxis sind diese Abgrenzungen schwer zu treffen, da die Absichten der Urheber*innen und die Folgen bei Rezipient*innen nicht immer erkennbar sind. Dazu kommen verwandte Phänomene wie Gerüchte, Propaganda oder Halbwahrheiten, die sich von Desinformation unterscheiden, aber in ganz ähnlichen Zusammenhängen auftreten.*

*Desinformation wird zum einen von ausländischen Akteur*innen mit geostrategischen Interessen gezielt genutzt, etwa um allgemeine Verunsicherung zu schüren. Andererseits soll sie auch im Inland beispielsweise Angst- oder Bedrohungsszenarien gegen soziale Gruppen befeuern. Dabei können sie vorurteilsgeleitete Einstellungen verstärken, indem sie marginalisierten Gruppen negative Eigenschaften oder Vorfälle zuschreiben. Ziele von Desinformation sind die Verstärkung von gesellschaftlichen Konflikten, gezielte Meinungsbeeinflussung und Schwächung politischer Gegner*innen. Desinformation verfolgt auch wirtschaftliche Interessen oder ist Teil von Verschwörungserzählungen.*

Desinformation wird ein schädlicher Einfluss auf demokratische Öffentlichkeiten und auf

das Vertrauen in demokratische Institutionen zugeschrieben. Gleichzeitig kann Desinformation auch als Ausdruck gesellschaftlicher Krisen, politischer Unzufriedenheit und Vertrauensverlust verstanden werden.“

Wie an der Definition deutlich wird, ist die konkrete Bestimmung von Desinformation anhand fraglicher Kriterien wie einer Schadensabsicht nicht immer klar vorzunehmen. Ein satirischer Artikel etwa, der in einem klar zuordenbaren Kontext entstand, kann in der weiteren Verbreitung und ggf. Dekontextualisierung desinformierend wirksam werden. Wichtig scheint uns die Unterscheidung zwischen Tatsachenbehauptung und Meinungsäußerung. Desinformation bezieht sich in erster Linie auf Ersteres: nachweislich falsche Informationen („Etwas ist so.“). Davon sind Darstellungen persönlicher Ansichten und Meinungen zu unterscheiden („Ich bin der Ansicht, dass…“). Auch hier ist die Trennschärfe nicht immer klar zu ziehen. In strittigen Fällen, die möglicherweise Rechtsverletzungen beinhalten (Beleidigung, Volksverhetzung etc.), obliegt die Entscheidung darüber der Justiz.

3. Welche Akteure halten Sie für geeignet, mit Fragen der Einordnung von Informationen umzugehen – und wo sehen Sie dabei mögliche Risiken oder Zielkonflikte?

Grundsätzlich gibt es nicht die eine Instanz, der die absolute Hoheit über alle Informationen zuzugestehen wäre. Journalismus, Factchecker*innen und Medienschaffende, Forschende und Wissenschaft, Content-Moderator*innen und Plattformunternehmen, Strafverfolgung und Behörden, Bildungsakteur*innen und die Nutzer*innen selbst: Sie alle haben auf je spezifische Weise Anteil an einem demokratischen Informationsökosystem und nutzen dafür unterschiedliche Mechanismen und Verfahren. Dass dabei nicht immer Einigkeit besteht, ist ebenfalls Teil eines demokratischen Gemeinwesens, das sich eher durch Dissens und zivile Konfliktbearbeitung als durch stets herstellbaren Konsens auszeichnet.

Problematische Aspekte können in vielfältiger Form bzw. an unterschiedlichen Stellen auftreten: etwa, wenn Mechanismen und Verfahren intransparent und ohne demokratische Kontrolle eingesetzt werden; wenn sie gar nicht eingesetzt werden (und keine Sanktionen dafür greifen); wenn einzelne Akteur*innen ein Übermaß an Handlungsmacht zugesprochen bekommen (z.B. Content-Moderation auf Plattformen ausschließlich automatisierten Filtersystemen zu überlassen, ohne Transparenz und Einspruchsmöglichkeit; jegliche Verantwortung auf individuelle Nutzer*innen zu übertragen oder umgekehrt: diese gar nicht zu befähigen mit (Des)Information umzugehen).

Trotz dieser Mechanismen gilt: Nicht alle fragwürdigen Inhalte werden gemeldet, (schnell) gelöscht oder zur Anzeige gebracht. Das bedeutet, dass Menschen online weiterhin viele problematische, desinformierende und potenziell strafwürdige Inhalte begegnen (können). Das entspricht etwa auch der Einschätzung junger Menschen selbst (Feierabend et al. 2025: 55ff.). Als entsprechend wichtig erachten wir die Befähigung junger wie erwachsener Menschen, Inhalte gut einordnen (und ggf. melden, blockieren, anzeigen) sowie relativ sichere digitale Räume schaffen und nutzen zu können – und

selbst in der Lage und Willens zu sein, auf Schadensabsichten in ihrer Online-Kommunikation zu verzichten.

4. Welche Bedeutung messen Sie der Meinungsfreiheit bei Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation bei und wo sehen Sie hier besondere Sensibilitäten?

Eine juristische Einschätzung zur Rechtsabwägung zwischen Meinungsfreiheit und anderen Rechtsansprüchen können wir als medienpädagogische Fachgesellschaft nicht abgeben. Dass bspw. Holocaustleugnung in der Bundesrepublik Deutschland nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt ist (im Unterschied zu anderen Rechtssystemen), ist weithin anerkanntes Wissen. Ähnliches gilt für strafwürdige Formen digitaler Gewalt, die häufig (aber nicht notwendig) mit Desinformation einhergehen. Die Unterscheidung vorzunehmen, obliegt, wie erwähnt, der Justiz.

Ein Problem besteht darin, dass (lokale, regionale, nationale) Gerichte nicht alle gemeldeten Fälle von Desinformation bearbeiten können und dass jede Bearbeitung bis zu einem rechtsgültigen Urteil Zeit erfordert. Dieser Mechanismus reicht demnach nicht aus, um die großen Mengen an fragwürdigem Online-Content in einer angemessenen Zeitspanne zu bearbeiten und ggf. zu einer Löschung zu führen. Aus diesem Grund wurden im Zuge des Digital Services Act (DSA) sog. Trusted Flagger institutionell eingerichtet, die als vertrauenswürdige Hinweisgeber (teils in Abstimmung mit Strafverfolgungsbehörden) eine gut begründete juristische Einschätzung über den Charakter von Inhalten abgeben und entsprechende Löschbitten bei Plattformen einbringen können, die bevorzugt bearbeitet werden müssen (vgl. bspw. den Jahresbericht 2025 von REspect! im Netz).

5. Welche Erkenntnisse gibt es aus Ihrer Sicht zur tatsächlichen Wirksamkeit von Programmen zur Förderung von Medienkompetenz im Umgang mit Desinformation?

Unabhängig von der Kompetenz Jugendlicher oder Erwachsener zur Erkennung von Desinformation bildet die Arbeit gegen Radikalisierungstendenzen im Kontext von Desinformation eine gesellschaftliche und pädagogische Querschnittsaufgabe, bei der es gilt, Frühwarnzeichen für die Gefährdung durch extremistische Ideen zu erkennen und Widerstandsfähigkeit gegenüber Desinformation und Propaganda aufzubauen. Es gibt robuste Evidenz dafür, dass gut konzipierte Bildungsangebote die Fähigkeit verbessern können, Desinformation zu erkennen. Die Stärkung von Medien-, Informations- und Nachrichtenkompetenzen hat jedoch ihre Limitationen und kann nicht als alleiniges Mittel gegen Radikalisierungsprozesse gesehen werden. Grundsätzlich gilt: Einmalige Interventionen sind deutlich weniger wirksam als kontinuierliche Bildung. Es braucht daher langfristige und kontinuierliche Medienbildung bzw. deren Verankerung im Bildungssystem (vgl. hierzu die Ausführungen unter 9.).

Mit Blick auf Erkenntnisse aus der Forschung zeigt sich, dass Projekte zu Media Literacy, News Literacy und Information Literacy tendenziell förderlich für »Resilienz gegenüber

Misinformation« sind (Anstead et al. 2025, S. 2135ff.). Einige Studienergebnisse betonen die Bedeutung einer reflexiven Ebene und kontextsensitiven, kritischen Denkens. Allerdings kann eine hohe Komplexität des Lerninhalts für Unsicherheit sorgen und die Skepsis gegenüber Informationen verstärken. Zudem führt das Verständnis von Desinformation nicht notwendigerweise zur Änderung des eigenen Informationshandelns. Denn die Bereitschaft, Desinformation zu teilen, hängt nicht nur von der Einschätzung des Wahrheitsgehalts ab, sondern z.B. von autoritären Einstellungen (Stein et al. 2025) oder Vorstellungen von der eigenen Identität und der Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen (Facciani 2025): Menschen können lernen, Falsch- und Desinformation besser zu erkennen und sie dennoch teilen oder glauben, wenn sie ihre politischen oder sozialen Identitäten bestätigen.

In der deutschen Bildungslandschaft etablieren sich daher auch immer mehr Ansätze, die nicht (mehr) nur die Erkennung und Entlarvung von Desinformation als pädagogisches Ziel aufweisen (wie beispielsweise der Correctiv-Faktencheck, SWR Fakefinder, Fake News Check App), sondern darauf ausgerichtet sind, dass Kinder und Jugendliche ein Bewusstsein für die Absichten hinter der Erstellung und Verbreitung von Desinformation und Deep Fakes erlangen, indem sie Desinformation kritisch dekonstruieren und politische sowie gesellschaftliche Implikationen reflektieren (Serious Games wie Bad News und Fake It To Make It oder das Projekt BLINDSPOTLAB). Einige Projekte fokussieren dabei verstärkt die Förderung der Nachrichten- und Informationskompetenz Jugendlicher (spreuweizen, Isso!, fit for news oder use the news). Auch die schnellere Erstellung und Verbreitung sowie erschwerte Erkennung von Desinformation im Kontext von generativen KI-Systemen (Deepfakes) wird dabei in einigen Ansätzen thematisiert (bspw. in den Projekten News Against The Machine, iKIDO, Visualising Democracy).

Belastbare systematische und empirische Forschungsergebnisse zur Wirksamkeit von einzelnen Programmen gegen Desinformation in der Bundesrepublik Deutschland liegen bislang kaum vor. Entsprechend beziehen sich unsere Ausführungen auf den internationalen Forschungsstand. Diese Leerstelle verweist mit Bezug auf III.8 im Antrag darauf, dass interdisziplinäre Forschung neben der Beforschung des Phänomenbereichs auch präventive Bildungsmaßnahmen und -programme gegen Desinformation berücksichtigen sollte.

Insgesamt gewinnen präventive Strategien wie das Prebunking an Bedeutung, da sie darauf abzielen, die Wirkung falscher oder irreführender Informationen bereits im Vorfeld zu reduzieren.

Dabei werden Nutzer*innen bereits vor dem Kontakt mit potenziell irreführenden Inhalten für diese sensibilisiert und ihnen damit eine präventive Widerstandsfähigkeit gegenüber Desinformation vermittelt. Indem sie im Vorfeld über gängige Manipulationstechniken aufgeklärt werden, entwickeln sie eine mentale Abwehrkraft, um Falschinformationen eigenständig zu erkennen und abzulehnen, sobald sie ihnen im Internet begegnen. Empirische Studien (Roozenbeek & van der Linden 2019; Eberhardt et al. 2024) deuten darauf hin, dass Prebunking die Resilienz stärken kann, die Unterscheidung zwischen vertrauenswürdigen und zweifelhaften Inhalten erleichtert und möglicherweise nachhaltiger wirkt als Debunking. Beim Debunking werden Falschmeldungen oder Desinformationen erst nach ihrer Verbreitung richtig gestellt. Das kann dazu beitragen Verschwörungsmythen zu entlarven, falsche Informationen zu korrigieren und Verständnis wie

Entscheidungsfindung zu verbessern. Dennoch kann es auch hier zu Gegenreaktionen kommen, vor allem wenn widerlegte Theorien oder Annahmen tief in der Identität oder Überzeugung einer Person verankert sind. Als „Backfire-Effekt“ wird zudem bezeichnet, wenn Falschinformationen anhand von Korrekturen wiederholt und dadurch als falsche Wissensbestände verstärkt werden.

Auch an Prebunking-Ansätzen wird Kritik formuliert, die in der Praxis berücksichtigt werden sollten: Rezipient*innen werden aus dieser Perspektive oft als passiv und leicht manipulierbar vorgestellt, während weitere Faktoren wie die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen oder identitätsstiftende Aspekte nachrangig verhandelt werden (Balog-Way & McComas 2025). Auch Altay et al. (2023) kritisieren die Vorstellung einer quasi ansteckenden Information, da Menschen Nachrichten auf vielfältige Weise aufnehmen und verarbeiten würden. Für den Bildungsbereich bedeutet dies, dass Prebunking-Strategien stets ein Abwägen erfordern zwischen einer Kompetenzförderung, die die Zielgruppe dazu befähigt, sich präventiv gegen potenzielle Schäden von Desinformation zu schützen, und den Grenzen eines solchen Ansatzes. Diese werden deutlich, wenn man berücksichtigt, dass beispielsweise Vertrauen in Absender*innen maßgeblich prägt, wie Menschen Botschaften aufnehmen und bewerten (Zhou & Shen 2021). Für die Ausrichtung pädagogischer Angebote stellt sich die Frage, wie Prebunking wirksam in Lernkontexte integriert werden kann. Besonders geeignet erscheinen dabei spielerische, interaktive und multimediale Formate – etwa Serious Games wie Bad News, Harmony Square bzw. Go Viral! (Bernsteiner et al. 2024) oder kurze Videos (vgl. Piltch-Loeb et al. 2022). Sie sind niedrigschwellig und können Lernende nachhaltig für manipulative Strategien sensibilisieren.

6. Welche Rolle sollte der Staat Ihrer Ansicht nach im Umgang mit Desinformation einnehmen – und wo sehen Sie Grenzen staatlichen Handelns im Bereich der öffentlichen Meinungsbildung?

Grundsätzlich begrüßen wir den Ansatz, dass staatliche Instanzen eine ressortübergreifende Strategie erarbeiten und Maßnahmen in verschiedenen Bereichen bündeln und koordinieren. Die Grenzen staatlichen Handelns für die öffentliche Meinungsbildung werden durch bestehende Vorgaben wie das Grundgesetz (Meinungsfreiheit, Pressefreiheit) oder für den Bereich der (politischen) Bildung durch Konventionen wie den Beutelsbacher Konsens abgesteckt.

7. Welche Parameter halten Sie für geeignet, das Phänomen der Desinformation begrifflich zu fassen und dementsprechend zu definieren, ohne dabei demokratische Debatte, politische Kritik oder Meinungsfreiheit einzuschränken?

Wir halten die unter 2. genannte Definition für geeignet, den Phänomenbereich zu fassen. Wir halten es jedoch für äußerst unwahrscheinlich, dass ein analytischer, wissenschaftlich fundierter Begriff geeignet ist, demokratische Debatte, politische Kritik oder Meinungsfreiheit einzuschränken.

8. **Halten Sie es für fachlich geeignet und demokratiepolitisch notwendig, Desinformation und Fake News vor allem zu begegnen, indem die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit durch Medienbildung, niedrigschwellige Bildungsangebote, transparente öffentliche Informationen, starke Zivilgesellschaft, unabhängige Medien und wissenschaftliche Expertise erhöht werden und beurteilen sie unter diesem Aspekt den vorgelegten Antrag für sinnvoll?**

Wie unter 3. dargelegt, erachten wir eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen als geeignet und notwendig, um Desinformation zu begegnen und einen zivilen demokratischen Diskurs als Grundlage für eine demokratische Gesellschaftsordnung zu ermöglichen. Aus medienpädagogischer Perspektive messen wir der Befähigung aller Diskursteilnehmer*innen in schulischen, außerschulischen wie auch Erwachsenenbildungsmaßnamen eine hohe Relevanz bei. Wir sehen jedoch zugleich die Limitationen bildungsbezogener Maßnahmen (vgl. 5.), die Notwendigkeit und Relevanz anderer Akteur*innen und Maßnahmen sowie insbesondere die Kooperation zwischen diesen Akteur*innen. Diese Position finden wir im vorgelegten Antrag wieder.

9. **Welche Maßnahmen könnten aus ihrer Perspektive die Resilienz der Bevölkerung gegen Desinformation und Fake News insbesondere in den Bereichen Medienbildung in Schulen, Lehrkräftefortbildung, Seniorinnen- und Seniorenbildung und außerschulische Angeboten weiter verbessern?**

Siehe hierzu auch 5. Mit Blick auf die Forschung und langjährige Erfahrungen aus der Bildungspraxis zeichnet sich ab: Resilienz gegen Desinformation entsteht durch die dauerhafte Entwicklung reflektierter Medien- (inkl. Informations-/Nachrichten-) und Urteilskompetenz. Maßnahmen sind besonders erfolgversprechend, wenn sie langfristig angelegt, praxisnah gestaltet, zielgruppenspezifisch ausgerichtet und eng mit politischer bzw. demokratischer Bildung verknüpft sind.

Grundsätzlich gilt:

- langfristige, kontinuierliche und strukturell verankerte Medienbildung ist wirksamer als einmalige Interventionen;
- Medienbildung in Schulen erfordert eine professionelle Bearbeitung als fächerübergreifende Schlüsselkompetenz, eine verbindliche curriculare Verankerung von Medien- und Informationskompetenz in allen Schulformen und Jahrgangsstufen; Schulen benötigen eine entsprechende personelle und technologische Ausstattung (z.B. Medienpädagog*innen im Kollegium etablieren); Lehrkräfte müssen entsprechende Qualifizierungen erfahren, Medienpädagogik in Aus- und Fortbildung integriert werden;
- für Erwachsene und Senior*innen können niedrigschwellige Kurse in Volkshochschulen, Lernangebote in Bibliotheken, Schulungen in Senior*innentreffs oder mobile Beratungsangebote im ländlichen Raum etabliert werden;
- Familien sollten stärker in Bildungsangebote einbezogen werden, denn Nachrichtenvertrauen und Informationsverhalten beginnen schon zuhause.

Informations- und Nachrichtenkompetenz als spezifische Teilbereiche von Medienkompetenz können durch alters- und kontextspezifische Bildungsangebote gestärkt und gefördert werden. Hierzu zählen bspw. Angebote zu Quellenkritik, Bilderrückwärtssuche, das Erkennen von synthetischen Medieninhalten (Deepfakes). Medienpädagogische Angebote folgen häufig dem Ansatz der aktiven Medienarbeit, die darauf setzt, Adressat*innen anhand eigener Medienproduktion selbsttätig und in Gruppen in ein kritisch-reflexives Verhältnis zu Medieninhalten und -strukturen zu treten. Durch die Auseinandersetzung mit Inhalten für eigene Medienprodukte wird zugleich erfahrbar, welche Arbeit hinter guten Medieninhalten und -formaten steckt und wie Aussagen abgesichert werden können. Auf diese Weise kann Medienvertrauen gestärkt werden.

Schließlich müssen Einstellungen, Haltungen und Motivationen mit Blick auf demokratische Diskursgestaltung und Teilhabe an politischen Öffentlichkeiten thematisiert werden. Hier werden politische Interessenlagen und Ideologien in den Blick genommen, die produktive oder destruktive Diskursgestaltung motivieren: Wie wird Desinformation strategisch eingesetzt? Wer hat politisches Interesse an sinkendem Vertrauen in professionell-redaktionelle Medien und politische Institutionen? Wer hat politisches oder ökonomisches Interesse an emotionsgeladenem, desinformierendem Content? Diese Fragestellungen sind von vorrangig journalistischen zu unterscheiden und gleichermaßen Teil von Medienbildung zu Desinformation.

10. Welche besondere Gefahr geht von Desinformation und Fake News im Umfeld von Wahlen, Wahlabläufen und Wahlergebnissen aus und welche präventiven Informationsmaßnahmen sind in Thüringen sinnvoll?

Eine fundierte Einschätzung hierzu liegt nicht im Kompetenzbereich der GMK. Medienpädagogische Bildungsmaßnahmen schätzen wir als keine kurzfristigen Lösungsstrategien, sondern als strukturell abzusichernde Daueraufgaben ein (vgl. 9.). Für eine lebendige Demokratie gilt aus unserer Perspektive dasselbe. Kurzfristige, situations- und anlassbezogene Maßnahmen müssen ggf. auf anderer Ebene greifen.

Gleichwohl gibt es Hinweise aus der Forschung, dass der nachweisbare Einfluss von Desinformation auf konkretes Wahlgeschehen mitunter geringer ausfällt, als in der Allgemeinöffentlichkeit häufig dargestellt. Mehrere Studien belegen derzeit, dass die relative Häufigkeit, mit der Menschen Falschinformationen begegnen, mit ca. fünf Prozent im Schnitt deutlich geringer ist als weithin angenommen (Acerbi et al. 2022). Die an der Auswertung beteiligten Forscher*innen zeigen etwa anhand von Studien aus den USA, dass falsche Informationen mit nur 0,7 bis sechs Prozent einen recht geringen Anteil des Nachrichtenkonsums der Menschen ausmachen. Ähnlich sieht es in Deutschland und in Frankreich aus, wo der Anteil zwischen eins und fünf Prozent veranschlagt wird (Altay et al. 2022; Cordonier & Brest 2021). Eine breit angelegte internationale Metastudie des (Mansell et al. 2025) konnte empirisch keine Belege finden, dass Desinformation der Demokratie aktiv schadet, auch wenn es anhand von Einzelphänomenen so erscheint. Allerdings konnte nachgewiesen werden, dass der Diskurs über Desinformation wachsendes Misstrauen gegenüber Medien erzeugt. Die Risiko- und Gefährdungslagen von Desinformation für Demokratie liegen damit ergänzend auf einer diffusen Ebene von schwindendem Vertrauen in demokratische und Medieninstitutionen (vgl. IDZ & GMK,

2026; vgl. auch 12.).

11. Welche Rolle sollten Wissenschaft, Landesmedienanstalt, Zivilgesellschaft, Bürgermedien und Qualitätsjournalismus gemeinsam spielen, damit Desinformation und Fake News bekämpft werden, ohne Medienvielfalt und Meinungspluralismus zu schwächen?

Aus unserer Perspektive gibt es gegenwärtig keine Anzeichen dafür, dass sich anhand von Maßnahmen gegen Desinformation, etwa durch Overblocking, eine gravierende Einschränkung von Medienvielfalt und Meinungspluralismus (innerhalb des demokratischen, grundgesetzlich abgesicherten Rahmens) als besonders relevantes Phänomen abzeichnet. Jedoch müssen wir hierfür auf die Expertise anderer Akteur*innen verweisen.

12. Welche Herausforderungen entstehen durch soziale Netzwerke, algorithmische Verbreitung, Social Bots, Deepfakes und KI-generierte Inhalte für die Bekämpfung von Desinformation, und welche Handlungsmöglichkeiten hat ein Bundesland wie Thüringen trotz begrenzter Zuständigkeiten?

Wissenschaftliche Erkenntnisse zu Auswirkungen von generativen KI-Systemen auf die Produktion und Zirkulation von Desinformation und synthetischen Medieninhalten (Deepfakes) liegen bislang kaum belastbar vor. Hinweise auf die Menge und steigende Qualität synthetischer Medieninhalte sowie auf die Schwierigkeiten vieler Mediennutzer*innen verschiedenen Alters lassen darauf schließen, dass die bestehenden Herausforderungen im Phänomenbereich dadurch verschärft werden.

Speziell mit dem Blick auf Deepfakes geben erste Fallstudien jedoch Hinweise darauf, wie zugänglich die Technologie heute ist und zeigen beispielhaft, dass moderne Text-to-Speech-Modelle bereits auf Grundlage kurzer Originaltonspuren und ohne großen technischen Aufwand authentisch die Stimme einer Person imitieren können (Amezaga & Hajek 2022). Der Umgang mit der und das Verständnis für die Technik dazu stellen für viele derzeit allerdings noch eine größere Hürde dar und die Erstellung überzeugender Manipulationen bleibt für die meisten schwierig. Hierbei handelt es sich jedoch nur um eine Momentaufnahme, da die Entwicklungen mit hoher Geschwindigkeit voranschreiten. Deepfakes sind derzeit vor allem im Bereich Pornografie zu finden, was nicht heißt, dass sie nicht auch in dieser Form politisch genutzt werden können, wie man zuletzt am Beispiel von Giorgia Meloni (tagesschau 2026) und weiteren einflussreichen und prominenten Frauen (u.a. Kamala Harris und Ursula von der Leyen) beobachten konnte. Die italienische Ministerpräsidentin ist häufig das Ziel von sexualisierten Deepfakes, die sie bspw. in Dessous zeigen und damit nicht nur einschüchternd und demütigend wirken können, sondern auch der Glaubwürdigkeit schaden oder Kompetenzen absprechen sollen. Weitere wenige, dafür aber außerordentlich authentische Fälschungen in politischen Kontexten – etwa der Deepfake des Kiewer Bürgermeisters Vitali Klitschko, der sich scheinbar in Videokonferenzen mit mehreren europäischen Politiker*innen befand – haben wachsende Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf internationale Beziehungen und den Journalismus ausgelöst (Weikmann & Lecheler 2023, vgl. IDZ & GMK, 2026).

Mit Blick auf Handlungsoptionen auf Landesebene lässt sich bspw. auf Bildungsangebote (schulisch wie außerschulisch), die Unterstützung und das Angebot von quelloffenen, nicht-kommerziellen digitalen und KI-Systemen für Bildungszwecke (auch zu KI und Desinformation können experimentelle und kreative Bildungsangebote im Sinne aktiver Medienarbeit gestaltet werden) sowie auf Präventions-, Interventions- und Beratungsangebote (z.B. im Fall von individueller Betroffenheit von sexualisierten Deepfakes) und Medienaufsicht (durch Medienanstalten) verweisen. Darüber hinaus lässt sich auf Möglichkeiten bundesweiter und internationaler Vernetzung und Kooperation verweisen sowie auf politische Handlungsoptionen im Bundesrat, in der Kultusminster*innenkonferenz (KMK) etc.

Mit freundlichen Grüßen

(Friederike von Gross, Co-Geschäftsführerin der GMK)

Literatur- und Quellenverzeichnis

Acerbi, A., Altay, S., & Mercier, H. (2022). Research note: Fighting misinformation or fighting for information? Harvard Kennedy School Misinformation Review, 3(1). https://doi.org/10.37016/mr-2020-87

Altay, S., Nielsen, R. K., & Fletcher, R. (2022). Quantifying the “infodemic”: People turned to trustworthy news outlets during the 2020 coronavirus pandemic. Journal of Quantitative Description: Digital Media, 2, 1–29. https://doi.org/10.51685/jqd.2022.020

Altay, S., Berriche, M., & Acerbi, A. (2023). Misinformation on misinformation: Conceptual and methodological challenges. Social Media + Society, 9(1). https://doi.org/10.1177/20563051221150412

Amezaga, N., & Hajek, J. R. (2022). Availability of voice deepfake technology and its impact for good and evil. In R. Trygstad & Y. Zheng (Hrsg.), SIGITE ’22: Proceedings of the 23rd Annual Conference on Information Technology Education (23–28). Association for Computing Machinery. https://doi.org/10.1145/3537674.3554742

Anstead, N., Edwards, L., Livingstone, S., & Stoilova, M. (2025). The potential for media literacy to combat misinformation: Results of a rapid evidence assessment. International Journal of Communication, 19, 2129–2151. https://ijoc.org/index.php/ijoc/article/view/23549

Bernsteiner, A., Schubatzky, T., & Haagen-Schützenhöfer, C. (2024). Förderung eines kritischen Umgangs mit (Des-)Informationen durch aktive Inokulation und Debunking. In N. Graulich & J. Arnold (Hrsg.), Lehrkräftebildung von morgen: Beiträge der Naturwissenschaftsdidaktiken zur Förderung überfachlicher Kompetenzen (247–254). Waxmann. https://doi.org/10.31244/9783830997962

Cordonier, L., & Brest, A. (2021, March). How do the French inform themselves on the Internet? Analysis of online information and disinformation behaviors. Fondation Descartes. https://www.fondationdescartes.org/en/2021/03/how-do-the-french-inform-themselves-on-the-internet/

Balog-Way, D., & McComas, K. (2025). Unpacking the risk of misinformation: A communication-based critique. Risk Analysis, 45(12), 4097–4109. https://doi.org/10.1111/risa.70093

Eberhardt, V., Mayer, S., Fridrik, S., Temel, B., & Mühlbauer, J. (2024). Gegen Falschinformation immunisieren? Potenziale und Grenzen von Prebunking. Magazin erwachsenenbildung.at, 52. https://erwachsenenbildung.at/magazin/ausgabe-52/19404-gegen-falschinformation-immunisierenc-potenziale-und-grenzen-von-prebunking.php

Facciani, M. (2025). Misguided: Where misinformation starts, how it spreads, and what to do about it. Columbia University Press.

Feierabend, S., Rathgeb, T., Geretshuber, S., & Glöckler, S. (2025). JIM-Studie 2025: Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest. https://mpfs.de/studie/jim-studie-2025/

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, & Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur. (Hrsg.). (2026). Atlas: Wahrheit und Wissen im digitalen Wandel. Desinformation und KI. https://atlas.machine-vs-rage.net/ki-unddesinformation/

Mansell, R., Durach, F., Kettemann, M. C., Lenoir, T., Procter, R., Tripathi, G., & Tucker, E. (2025). Information ecosystems and troubled democracy: A global synthesis of the state of knowledge on news media, AI and data governance. International Observatory on Information and Democracy. https://observatory.informationdemocracy.org/wp-content/uploads/2024/12/rapport_forum_information_democracy_2025.pdf

Piltch-Loeb, R., Su, M., Hughes, B., Testa, M., Goldberg, B., Braddock, K., Miller-Idriss, C., Maturo, V., & Savoia, E. (2022). Testing the efficacy of attitudinal inoculation videos to enhance COVID-19 vaccine acceptance: Quasi-experimental intervention trial. JMIR Public Health and Surveillance, 8(6), e34615. https://doi.org/10.2196/34615

REspect! im Netz. (2025). Ergebnisse der Tätigkeit als Trusted Flagger im Jahr 2025. Jugendstiftung Baden-Württemberg. https://respectimnetz.de/wp-content/uploads/2026/06/TF_Bericht_2025_.pdf

Roozenbeek, J., & van der Linden, S. (2019). The fake news game: Actively inoculating against the risk of misinformation. Journal of Risk Research, 22(5), 570–580. https://doi.org/10.1080/13669877.2018.1443491

Stein, R., Rutchick, A. M., Sin, A. Y., & Jarrin Rueda, L. F. (2025). Symbolic show of strength: A predictor of risk perception and belief in misinformation. The Journal of Social Psychology, 1–27. https://doi.org/10.1080/00224545.2025.2541206

Tagesschau. (2026). Kampf gegen Deepfakes: Meloni verurteilt KI-Bild als politischen Angriff. https://www.tagesschau.de/ausland/europa/meloni-ki-deepfakes-100.html

toneshift – Netzwerk gegen Hass im Netz und Desinformation. (2026). Was ist Desinformation? https://toneshift.org/was-ist-desinformation/

Weikmann, T., & Lecheler, S. (2024). Cutting through the hype: Understanding the implications of deepfakes for the fact-checking actor-network. Digital Journalism, 12(10), 1505–1522. https://doi.org/10.1080/21670811.2023.2194665

Zhou, Y., & Shen, L. (2022). Confirmation bias and the persistence of misinformation on climate change. Communication Research, 49(4), 500–523. https://doi.org/10.1177/00936502211028049